Sitzungsvorlage

(Amt - Aktenzeichen)

FB 8 - Volles

Vorlagen-Nr. 0856/2020-2025

Zur Sitzung

Ausschuss für Umwelt-, Natur- und Klimaschutz 25.08.2022 öffentlich Kenntnisnahme

Beratungs-
gegenstand

Anfragen der SPD-Fraktion zum Klimaschutz

Haushaltsmittel
vorhanden

- ja
 nein
 entfällt

Wenn ja

Kostenstelle:
Kostenträger:
Sachkonto:

Wenn nein
Deckungsvorschlag:
Kostenstelle:
Kostenträger:
Sachkonto:

Stellungnahme Kämmerer:

Sachverhalt:

Die Verwaltung beantwortet im Folgenden die Anfragen der SPD-Fraktion zu Klimaschutzmaßnahmen (Anfrage s. **Anlage 1**).

Zu 1.)

Auch wenn man die Versiegelungsgrade einer innerstädtischen Lage in einer Großstadt wie Köln nicht mit den unseren vergleichen kann, beschäftigt sich die Stadtverwaltung Niederkassel schon seit längerem mit dieser Thematik. So partizipierte sie unter anderem in dem Projekt „Regionale Klimawandelvorsorgestrategie“ der Region Köln-Bonn. Hervorgegangen aus diesem Projekt ist für die Stadt Niederkassel beispielsweise das Ziel, zwar nicht gänzlich auf die seitens der übergeordneten Planungsbehörden geforderte Innenbereichsverdichtung zu verzichten, aber grundsätzlich bei jeder Nachverdichtung einen verträglichen Versiegelungsgrad durchzusetzen. Dies erforderte bereits in den vergangenen beiden Jahren die eine oder andere nachträgliche Entsiegelung durch Bauherren. Ebenso wurde im Neubaugebiet Obstgarten der mögliche Versiegelungsgrad reduziert.

Auch im Zusammenhang mit der Erstellung des Integrierten Klimaschutzkonzeptes (IKK) wurden für die Stadt Niederkassel Ziele formuliert, wie die Auswirkungen des Klimawandels auf die lokale Bevölkerung gemindert werden können. Bei der Erarbeitung der Maßnahmen für das IKK wurden sowohl die Fraktionen als auch die Bürger/innen beteiligt.

Neben vielem anderen wurde im IKK beschrieben, dass die Zunahme von heißen Tagen eine Auswirkung des Klimawandels in Niederkassel ist. Entsprechend wurden hier Maßnahmen beschlossen, die dem entgegenwirken bzw. die Trockenheit und Hitzeauswirkungen mindern sollen (s. IKK Handlungsfeld „Anpassung an die Folgen des Klimawandels“).

Mit ersten Projekten wurde während und seit Fertigstellung des IKK bereits begonnen. Als erste Beispiele von Maßnahmen, die zur Minderung der Folge von Hitzeextremen beitragen können, sind zu nennen: Durchführung des Förderprogramms für Dach- und Fassadenbegrünung; Erarbeitung eines Maßnahmenkatalogs gegen Schottergärten im Stadtgebiet; Begrünung öffentlicher Flächen (erstes Pilotprojekt: Rathausparkplatz). Weitere Informationen zum Sachstand bei der Umsetzung dieser Maßnahmen können der Vorlage „Status Quo und nächste Schritte bei der Umsetzung des IKK“ entnommen werden.

Zu 2.)

Die Verwaltung beteiligt sich am Runden Tisch Energieversorgung des Rhein-Sieg Kreises. Hieraus wurde eine Arbeitsgruppe zum Thema Energiesparen ins Leben gerufen, an der die Klimaschutzmanagerin teilnimmt. Die Arbeitsgruppe, in der auch die Energieagentur Rhein-Sieg vertreten ist, hat Empfehlungen für kurz- und mittelfristige Energiesparmaßnahmen erarbeitet. Diese betreffen sowohl Schritte für die Verwaltung als auch Vorschläge für eine Kommunikationskampagne mit Energiespar-Tipps für Bürger/innen.

Die vorgeschlagenen Maßnahmen, die die Verwaltungen des Rhein-Sieg-Kreises implementieren können, betreffen einerseits technische Anpassungen wie zum Beispiel die Optimierung von Heizungsanlagen, Warmwasserbereitung, Lüftungsanlagen, Beleuchtung, Neuanschaffung von Geräten, das Regulieren von Raumtemperaturen und andererseits die Nutzersensibilisierung. Die Energieagentur Rhein-Sieg wird in diesem Zusammenhang zusätzlich Hausmeistertreffs sowie Vorträge zur Nutzersensibilisierung in den Verwaltungen anbieten.

Im nächsten Schritt beraten die Bürgermeister des Rhein-Sieg-Kreises über die Umsetzung und Priorisierung der Maßnahmen. Im Anschluss werden diese öffentlich bekannt gegeben und die Kommunikationskampagne wird gestartet.

Weiterhin sollen, wie im IKK beschlossen, in einigen Gebäuden der Stadt dieses Jahr die sogenannten Schnell-Checks durch die Energieagentur Rhein-Sieg durchgeführt werden. Diese haben das Ziel, erste Einsparpotenziale bei Gebäuden zu identifizieren. Weiterhin soll das Kommunale Energiemanagement vorangebracht werden.

Zu 3.)

Jeder Maßnahmensteckbrief des IKK beinhaltet immer auch Angaben zum Finanzierungsansatz. Hier wurden während der Konzepterstellung unter anderem die bekannten Förderrichtlinien aufgeführt. Wie bei der Erstellung des IKK bereits besprochen, ändern sich Förderrichtlinien im Bereich Klimaschutz und Klimawandelanpassung jedoch zurzeit sehr häufig und kurzfristig, weshalb konkrete Finanzierungsfragen erst mit der Umsetzung einer Maßnahme geklärt werden können.

Förderungen über die von der SPD-Fraktion genannten Förderrichtlinien des Ministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz, wie zum Beispiel die Kommunalrichtlinie der Nationalen Klimaschutzinitiative (NKI), sind der Verwaltung selbstverständlich bekannt. Zudem wurden in den vergangenen Monaten nicht nur vom Bund sondern auch vom Land NRW neue Richtlinien veröffentlicht. Die Verwaltung wird hierüber auch durch verschiedene Newsletter und Pressemitteilungen regelmäßig informiert. Zu Förderrichtlinien, die den Klimaschutz betreffen, findet ein regelmäßiger Austausch zwischen den Fachbereichen statt, welche die jeweilige Förderung betrifft.

Häufig steht die Verwaltung bei den Förderprogrammen vor dem Problem kurzer Antrags- und Umsetzungsfristen sowie langer Bewilligungszeiträume seitens der Fördermittelgeber.

Wie bereits erwähnt soll ein Antrag über die Kommunalrichtlinie der NKI für eine Fahrradabstellanlage gestellt werden. Für den Antrag wurden erste Schritte bereits

unternommen. Im vergangenen Jahr wurde über die Kommunalrichtlinie ein Antrag für Raumluftechnische Anlagen gestellt. Außerdem wird geprüft welche Maßnahmen als „Ausgewählte Klimaschutzmaßnahmen“ gefördert werden können, dieser Antrag kann während dem laufenden „Erstvorhaben Klimaschutzmanagement“ beantragt werden. Hierfür kommt voraussichtlich die Umstellung auf LED-Beleuchtung bei der Straßenbeleuchtung in Frage. Es wird weiterhin derzeit geprüft, welche Förderungen für die Errichtung von E-Ladesäulen in Anspruch genommen werden können.

Aufgrund der sich kontinuierlich ändernden Förderlandschaften ist es an dieser Stelle wenig sinnvoll, Förderungen für Maßnahmen darzustellen, deren Implementierung sich noch nicht in der konkreten Planung befindet. Stattdessen wird jeweils mit Beginn der Durchführung eines Projektes geprüft, welche Förderung in Frage kommt.

Anlage:

Anfragen der SPD-Fraktion „Maßnahmen zum Klimaschutz“